



Karo Otte
Mitglied des Bundestages

Liebe Leser:innen,

der September stand ganz im Zeichen der Wahlen. Die Wahlergebnisse der **Kommunalwahlen** in Niedersachsen haben gezeigt, wie sehr unsere Grüne Politik vor Ort und unsere Kandidat:innen in den Städten und Gemeinden überzeugen. Ich freue mich riesig über die neuen bzw. wiedergewählten (Ober-)Bürgermeister:innen und Landrät:innen – unter anderem Onyeka Oshionwu in Göttingen, Belit Onay in Hannover, Jascha Rohr in Oldenburg, Claudia Kalisch in Lüneburg, Kim Fürwentsches im Landkreis Osterholz und Anna Kebschull im Landkreis Osnabrück, um noch lange nicht alle zu nennen – sowie jedes grüne Mandat, das wir erringen konnten. Ich gratuliere ganz herzlich! Die starken grünen Resultate sind Rückenwind für alle, die sich vor Ort tagtäglich für lebenswerte, klimagerechte und handlungsfähige Kommunen einsetzen.

Und auch bei den **Landtagswahlen** in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern konnten wir mit unseren engagierten grünen Kandidat:innen und Mitgliedern wirklich beeindruckende Ergebnisse erzielen. Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch in Berlin stehen die Zeichen nun auf Rot-Rot-Grün bzw. Rot-Grün-Rot. Gleichzeitig lässt mich das Abschneiden der AfD bei allen drei Landtagswahlen und in Niedersachsen nicht kalt: Der hohe Stimmenanteil, den sie sich sichern konnte, ist erschreckend. Das zeigt eindringlich, dass wir unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt noch entschlossener verteidigen und für die soziale Gerechtigkeit eintreten müssen.

Dafür setze ich mich im **Bundestag** für eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit und starke, handlungsfähige Kommunen ein. Mehr dazu könnt ihr im nächsten Abschnitt nachlesen. Wir haben viel vor: Lasst es uns gemeinsam anpacken!

Viele Grüße

Karo



Extremvermögen fair besteuern - die 500-Millionen-Steuer

Wir müssen die extrem hohen Vermögen von Multimillionär:innen und Milliardär:innen endlich angemessen besteuern. Denn aktuell gibt eine Kassiererin im Supermarkt von ihrem Lohn anteilig mehr an den Staat ab als der Eigentümer der ganzen Supermarktkette. Das wollen wir ändern: Mit einer gezielten Mindeststeuer ab 500 Millionen Euro Vermögen, die nur wenige hundert Überreiche in Deutschland trifft, schaffen wir echte Steuergerechtigkeit und können aufzeigen, wie unsoziale Kürzungen der Bundesregierung, verhindert werden könnten.

Mehr Infos

Foto von [Markus Spiske](#) auf [Unsplash](#)



Kommunale Klimaanpassung und Naturschutz endlich langfristig finanzieren

Mit unserem Antrag für eine Gemeinschaftsaufgabe “Klimaanpassung und Naturschutz” setzen wir uns für die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden ein. Durch die geforderte Grundgesetzänderung würde die Voraussetzung für eine verlässliche, dauerhafte und strukturelle Finanzierung durch Bund und Länder geschaffen, um Kommunen bei der Anpassung an extreme Wetterereignisse wie Hitze, Dürre oder Starkregen finanziell nicht allein zu lassen. Ziel ist es, städtische Infrastrukturen krisenfest aufzustellen, den natürlichen Wasserhaushalt zu stärken und den Schutz unserer Lebensgrundlagen als Verfassungsaufgabe abzusichern.

Antrag und Debatte

taz-Artikel

Foto von [Bernd Dittrich](#) auf [Unsplash](#)



Gründung eines Welt-Ungleichheitsrats

Der Rat soll Forschungsergebnisse bündeln, Datenlücken – insbesondere bei Vermögen und Erbschaften – schließen und Regierungen weltweit evidenzbasierte Grundlagen zur Bekämpfung der globalen Ungleichheit liefern. Dafür setzen wir uns mit unserem Antrag ein, denn Transparenz ist die Voraussetzung für eine gerechte Steuerpolitik!

[Zum Antrag](#)

Infos, Veranstaltungen und Seminare

Kommunale Klimakonferenz 2026

Unter dem Motto „*Resilienz statt Krisenmodus*“ findet die Kommunale Klimakonferenz am 10. und 11. November 2026 in Berlin statt. Im Fokus stehen

praxistaugliche Lösungen, wie Städte und Gemeinden trotz knapper Kassen durch wirksamen Klimaschutz, zirkuläre Strategien und regionale Wertschöpfung handlungsfähig bleiben. Die Konferenz wird vom Deutschen Zentrum für Urbanistik veranstaltet und vom Bundesumweltministerium unterstützt. Die Teilnahme für kommunale Fachkräfte und Ratsmitglieder ist kostenfrei.

[Zum Programm & Anmeldung](#)

Studien zur Kommunalen Finanznot: Wie eine Vermögensteuer Städte und Gemeinden entlasten könnte

Drei Fallstudien des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft im Auftrag von Greenpeace zeigen am Beispiel von Halle (Saale), Pirmasens und Bremen das Ausmaß kommunaler Finanznot bei Schulen, ÖPNV und Klimaanpassung. Nach einer Modellrechnung für Halle könnte eine moderate Vermögensteuer von zwei Prozent auf Nettovermögen ab 100 Millionen Euro Halle jährlich rund 67,7 Millionen Euro einbringen. Damit ließe sich das für 2026 erwartete Haushaltsdefizit dieser Stadt rechnerisch um fast die Hälfte reduzieren und dringend benötigte Investitionen in die lokale Infrastruktur ermöglichen.

[Zu den Fallstudien](#)

Bewerbungsstart: "Stadtlabor 2027" der Körber-Stiftung

Die Körber-Stiftung lädt Verwaltungsspitzen und Fachkräfte in einen exklusiven Kreis von ca. 20 Personen ins Stadtlabor ein. Das dient als "Austausch und Feldversuch für die alternde Stadt", um voneinander praxisnahe Lösungen für die altersfreundliche Kommunen zu lernen. Das kostenfreie Programm umfasst drei deutschlandweite Praxis-Werkstätten zur interkommunalen Austausch inklusive Begleitung und Impulsen über das gesamte Jahr verteilt. Bewerbungen aus allen Fachbereichen, die an einer altersfreundlichen Kommune arbeiten, sind bis zum 04. Dezember 2026 möglich.

[Zur Bewerbung](#)

Smart City Index 2026 des Bitkom: Stuttgart löst München an der Spitze ab

Der Digitalverband Bitkom hat seinen Smart City Index 2026 vorgestellt, der das Digitalisierungsniveau von Städten rankt. Dort sichert sich Stuttgart erstmals

den Gesamtsieg vor München und Hamburg. Als einzige der 83 untersuchten Großstädte erreicht die baden-württembergische Landeshauptstadt in allen fünf Kategorien (Verwaltung, IT & Kommunikation, Energie & Umwelt, Mobilität sowie Gesellschaft & Bildung) einen Platz in den Top 10. Insgesamt steigt das Digitalisierungsniveau der deutschen Kommunen auf durchschnittlich 73,8 von 100 Punkten, wobei vor allem mittlere Großstädte wie Erlangen und Hildesheim mit deutlichen Sprüngen nach vorne aufholen. Alle Ergebnisse und Best-Practice-Beispiele sind online abrufbar.

[Zum Index](#)

Wie schaffen wir mehr bezahlbaren Wohnraum im Bestand?

Ein neues Papier von acatech, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, zeigt praxistaugliche Lösungsansätze auf, wie Kommunen durch die Aufwertung und Nutzung von Gebäudebeständen nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Im Fokus stehen Instrumente wie strategisches Flächenmanagement, die Erfassung ungenutzter Potenziale auf Gebäude- und Quartiersebene sowie integrierte Planungsprozesse. Die Publikation richtet sich gezielt an kommunale Entscheidungsträger*innen.

[Zum Papier](#)

Hast Du Nachfragen oder Feedback zum Newsletter?
Wende Dich einfach an mein Büro: karo.otte@bundestag.de



Karoline Otte MdB

Platz der Republik 1, 11011, Berlin

Diese Email wurde an {{ contact.EMAIL }} gesendet.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Deabonnieren](#)